

Eine umstrittene Sanierung

Nidau An seiner letzten Sitzung hat der Nidauer Stadtrat grünes Licht für die 1,5 Millionen Franken teure Sanierung des Guggerhauses gegeben. Sehr zum Unmut von SVP und BDP, die das «unnötige Luxusprojekt» per Referendum kippen wollen.

Carmen Stalder

Eigentlich wäre es ja ein ganz hübsches Gebäude, das Guggerhaus an der Hauptstrasse 78 in Nidau. Die 1899/1900 erbaute Liegenschaft verfügt über historische Holzfenster, ein verwinkeltes Dach und eine dekorative Fassade. Doch das denkmalgeschützte Haus ist seit zirka vier Jahren unbewohnt. Und das hat seine Spuren hinterlassen: Sämtliche Heizungen sind durch Frost geborsten, Böden und Wände leiden unter Wasserschäden, die Fenster sind undicht und die elektrischen Leitungen nicht mehr betriebssicher. Kurz: Es herrscht dringender Sanierungsbedarf.

Die Stadt Nidau, die das Haus im Jahr 2012 für 630 000 Franken gekauft hat, hat die Lage erkannt. An der letzten Sitzung im September hat der Gemeinderat dem Stadtrat eine Finanzanlage in der Höhe von 1,465 Millionen Franken zur Sanierung des Guggerhauses unterbreitet. «Das ist kein Pappenstiel», sagte der zuständige Gemeinderat Kurt Schwab (SP) damals. Doch die Gemeinde könne immerhin mit kantonalen Förderbeiträgen in der Höhe von 200 000 Franken rechnen. Ausserdem wären die betrieblichen Folgekosten nach der Sanierung erheblich tiefer und die Gemeinde könnte künftig einen Mietzins von zirka 45 000 Franken pro Jahr einnehmen.

Mit seiner Argumentation konnte Schwab den Stadtrat überzeugen. Ein Rückweisungsantrag der Bürgerlichen wurde knapp abgelehnt, die Sanierung anschliessend abgesegnet. Doch so einfach wie gedacht geht es mit dem Geschäft nun doch nicht weiter. Die SVP und die BDP haben sich zusammengeschlossen und das Referendum gegen das Projekt ergriffen. Gestern Abend haben sie der Gemeinde 327 Unterschriften übergeben, die sie im letzten Monat gesammelt haben.

«Hinausgeworfenes Steuergeld»

«Wir haben kein Geld für solche unnötigen Luxus-Projekte!», schreiben die beiden Parteien in einer Mitteilung. Die Stadt Nidau habe einen grossen Nachholbedarf bei der Sanierung von Schulraum und Infrastruktur. Folglich solle man das Geld nur dort investieren, wo es auch der breiten Öffentlichkeit zu Gute komme, heisst es weiter.



Das Guggerhaus an der Hauptstrasse steht bereits seit rund vier Jahren leer. PETER SAMUEL JAGGI

Warum will Nidau das Guggerhaus behalten?

Die Gemeinde Nidau hat das Grundstück an der Hauptstrasse 78, auf dem das Guggerhaus steht, 2012 aus städtebaulichen und strategischen Überlegungen erworben. Es befindet sich im Eingangsbereich des Stedtli und direkt neben dem Bahnhofgebiet. Beides Gebiete, die in den kommenden Jahren komplett umgestaltet und aufgewertet werden sollen.

Die Stadt Nidau ist sich bewusst, dass der südliche Eingangsbereich zur Altstadt heute eher unattraktiv ist. 2018 hat die Gemeinde erstmals die Grundlagen für die weitere Planung des Gebiets vorgelegt. Seither ist es um das Projekt

eher still geworden. Gemäss Stadtpräsidentin Sandra Hess (FDP) weisen mehrere Gebäude und Parzellen im betroffenen Perimeter «südliche Vorstadt» einen hohen Sanierungs- und Erneuerungsbedarf auf. Die Parzelle, auf der das Guggerhaus steht, bezeichnet sie als relativ gross und deshalb bedeutsam für die Entwicklung und vor allem für die Erschliessung des Gebiets.

Sandra Hess erklärt, dass in dieser Zone mit Planungspflicht alle Entwicklungen im Rahmen einer Gesamtstrategie erfolgen müssten. Es sei vorgesehen, diese Arbeit spätestens nach Abschluss der laufenden Ortsplanungsrevision an

die Hand zu nehmen. «Mit der Liegenschaft Hauptstrasse 78 in städtischem Besitz bleibt der bestmögliche Handlungs- und Gestaltungsspielraum für die künftige Entwicklung des Eingangsbezirks zum Stedtli erhalten», sagt sie.

Der grösste Anteil der geplanten Investitionen fliesse in die Gebäudesubstanz und in die energietechnischen Sanierungen des unter kantonalem Denkmalschutz stehenden Guggerhauses. «Diese Investitionen sind ungeachtet der weiteren Nutzung des Gebäudes und der Entwicklung des Areals sinnvoll und wichtig für den Substanzerhalt des Hauses», so Hess weiter. *cst*

Die Stadt Nidau hat das Haus ursprünglich aus strategischen Gründen erworben (siehe Zweittext). Aus dem Stadtratsgeschäft geht allerdings nicht hervor, welche Strategie dem Gemeinderat genau vorschwebt – was ihm bei der Sitzung auch eine Rüge von der Geschäftsprüfungskommission einbrachte.

Für Leander Gabathuler, Fraktionspräsident der SVP und Mitinitiant des Referendums, ist klar: «Es ist nicht Aufgabe der Gemeinde, Häuser zu kaufen, zu sanieren und anschliessend zu vermieten.» Die Sanierung bezeichnet er als hinausgeworfenes Steuergeld. Geht es nach ihm, sollte die Gemeinde das Guggerhaus zum ursprünglichen Kaufpreis verkaufen, sobald die Zukunftspläne für das Grundstück klar sind. Und falls kein Käufer aufgetrieben werden könne, müsse es wenigstens günstiger saniert werden als im vorliegenden Geschäft vorgesehen ist.

«Finanziell völlig untragbar»

Die BDP-Stadträtin Tamara Mürger wehrt sich ebenfalls gegen das Projekt. «Die Sanierungskosten stehen in keinem Verhältnis zum Ertrag, den die Gemeinde aus dem Mietzins gewinnen könnte», sagt sie. In ihrem Schreiben argumentieren die beiden Parteien, dass die Investitionskosten erst nach rund 33 Jahren amortisiert wären. «Das vorliegende Projekt ist finanziell völlig untragbar», folgern sie daraus.

Anders als Gabathuler möchte Mürger nicht, dass die Gemeinde das Guggerhaus verkauft. «Das erhaltenswerte Gebäude ist ein gutes Anlageobjekt», sagt sie. Sie fordert, dass das Haus soweit instand gestellt wird, dass es wieder benutzbar wird und es dann zum Wohnen oder für eine gewerbliche Nutzung vermietet werden kann. «Man sollte etwas machen, aber nicht in dem Ausmass, wie es der Gemeinderat will.»

Einig sind sich Gabathuler und Mürger insofern, dass sie bezweifeln, dass sich für das Guggerhaus dereinst überhaupt Mietinteressenten finden lassen. Die BDP-Politikerin bezeichnet den Standort als unattraktiv, ausserdem fehle es an Balkonen. Und der SVP-Stadtrat sagt: «Die BTI-Bahn fährt im Halbstundentakt quasi durchs Wohnzimmer. Das Haus steht meiner Meinung nach nicht grundlos leer.»

Nur noch ein Ticket-Automat in Bieler Dieselnbussen

Verkehrsbetriebe Immer weniger Menschen kaufen ihre Billette im Bus. Also reduzieren die Verkehrsbetriebe Biel die Zahl der Automaten. Dafür gibt es in den Gelenkbussen hinten mehr Platz.

Die Fahrgastzahlen der Verkehrsbetriebe Biel (VB) nehmen seit Jahren zu. Und trotzdem sind die Verkäufe an den Automaten rückläufig, wie die VB mitteilen. Zwar akzeptieren die Billettautomaten inzwischen auch kontaktlose Zahlungen. Und sie bieten sogar weitere Dienste an wie etwa die Verlängerung von Abonnements. Und doch werden sie weniger benutzt.

Die VB nennen mehrere Gründe für diese Entwicklung: die verstärkte Nutzung von Fahrkarten-Apps auf dem Mobiltelefon, die Nutzung von Internetportalen beim Billettkauf und auch die verstärkte Nutzung der klassischen Mehrfahrkarten zum Entwerten.

Die VB haben vor diesem Hintergrund entschieden, die Anzahl der Ticketautomaten in den Dieseln-Gelenkfahrzeugen zu reduzieren. Neu werden diese Fahrzeuge statt zwei nur noch über einen Automaten im vorderen Fahrzeugteil verfügen. Die neuen Elektro-

busse der VB, welche auf der Linie 9 (Schiffhändte – Schulen Linde) eingesetzt werden sollen, sind bereits ab Werk nur noch mit einem Automaten ausgerüstet. In den Trolleybussen verbleiben vorerst zwei Automaten.

Dafür gebe es künftig mehr Platz im hinteren Fahrzeugteil, wie die VB betonen. Sie empfehlen Personen mit Kinderwagen, sich deshalb vorzugsweise in Richtung der hinteren Einstiege zu orientieren, um vorne den Platz für Rollstuhlfahrer freizuhalten.

Für den Billettkauf vor Fahrtantritt empfehlen die VB die Nutzung der Fairtiq-App oder anderer Applikationen. Auch der Kauf von Mehrfahrkarten sei empfohlen, zumal dort ein Rabatt winke. Nicht abgebaut werden übrigens die Entwerter: Diese stehen weiterhin im aktuellen Umfang zur Verfügung, wie es bei den VB weiter heisst.

Die ausgemusterten Automaten werden übrigens nicht alle arbeitslos: Ein Teil finde eine Weiterverwendung bei der Aare Seeland Mobil, die ja neu die Linien 12, 74 und 75 übernommen hat. Dank dieser Zusammenarbeit könnten dem Steuerzahler zusätzliche Kosten für eine Neuanschaffung erspart werden, betonen die VB. *mt/maz*

Bauarbeiten für Linie 1 beginnen nächste Woche

Biel Am Montag starten Bauarbeiten auf der Georg-Friedrich-Heilmann-Strasse in Biel. Anlass ist die neue Führung der Buslinie 1 ab Dezember. Auch darüber hinaus wird gebaut werden, mit Verkehrsumleitungen.

Ab dem Fahrplanwechsel im Dezember 2020 wird in Biel die Busverbindung der Linie 1 in beiden Richtungen auf der Georg-Friedrich-Heilmann-Strasse verkehren. Deshalb wird stadteinwärts zwischen der Bubenbergrasse und dem Georg-Friedrich-Heilmann-Platz eine separate Busspur und ein neues hindernisfreies Bushaltestellenpaar eingerichtet.

Die Bauarbeiten erfolgen in zwei Etappen. Die erste Etappe dient insbesondere der Verbreiterung der Strasse, damit die separate Busspur realisiert werden kann, was bis zum Fahrplanwechsel am 13. Dezember erfolgen muss. Gleichzeitig erfolgt ab Montag bis Mitte Dezember ein erster Teil der Arbeiten für die Werkleitungserneuerungen (Stromleitungen) des Energie Service Biel (ESB).

Während der ersten Etappe wird der Verkehr stadteinwärts sowie stadtauswärts zirkulieren können. Dies gilt auch während des Baus der Betonplatte der

Bushaltestelle, dann jedoch auf verengten Fahrspuren.

Von Mitte Dezember bis Ende Januar werden die Arbeiten unterbrochen. Ab Ende Januar werden dann die Bauarbeiten wie auch die Werkleitungserneuerungen in einer zweiten Etappe vollendet. Ab diesem Zeitpunkt wird der Verkehr stadteinwärts für die Dauer von ca. acht Wochen über die Bözingenstrasse, die Juravorstadt und Adam-Gäuffi-Strasse umgeleitet. Stadtauswärts bleibt die Verkehrsführung unverändert.

Die speziellen Verhältnisse im Zusammenhang mit der Coronapandemie erschweren momentan die Situation auf den Baustellen. Lieferengpässe können zu Änderungen im Bauablauf führen. Alle Beteiligten sind zudem bemüht, die vom Bund empfohlenen Schutzmassnahmen konsequent einzuhalten.

Am 25. Juni hat der Stadtrat einen Verpflichtungskredit von 1,3 Millionen Franken für die Neugestaltung des Strassenraums in der Georg-Friedrich-Heilmann-Strasse bewilligt. Die Neugestaltung wird von Bund und Kanton mit rund 700 000 Franken aus dem Agglomerationsprogramm unterstützt. Die Investition der Stadt Biel beläuft sich somit auf rund 600 000 Franken. *mt*

Nachrichten

GRÜNLIBERALE

Neues Co-Präsidium

Die Grünliberalen Seeland haben an ihrer Mitgliederversammlung in Lyss ein neues Präsidium gewählt. Barbara Stucki, Grossrätin aus Stettlen, und Andreas Klakow, Arzt aus Oberwil, bilden neu das Co-Präsidium. *mt*

BIEL

Neue Ordnung genehmigt

Der Bieler Gemeinderat hat die Überbauungsordnung Jakob-Strasse Süd genehmigt. Diese regelt die Bebauung und Nutzung im Bereich zwischen Jakob-Strasse, Längfeldweg, Länggasse und Kirchenfeld. Sie wird nun dem Amt für Gemeinden und Raumordnung des Kantons Bern zur abschliessenden Genehmigung eingereicht. *mt*

Gratulationen

TÄUFFELEN/WALPERSWIL

93. Geburtstag

Heute feiert die Walperswilerin Hanna Stettler im Altersheim Montlig in Täuffelen ihren 93. Geburtstag. *mt*

Das BT gratuliert der Jubilarin ganz herzlich und wünscht ihr alles Gute.